

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 10 | 2. Woche | 77. Jahrgang | E 4029 | B

Donnerstag, 14. Januar 2021 | Ausgabe Kreis Böblingen

2,30 €



Kampf um den Parteivorsitz Auf der Zielgeraden

Merz, Laschet oder Röttgen? Am Samstag kürt die CDU ihren neuen Vorsitzenden. SEITE 2

Ein Verzeichnis der Defizite



Viele sehen schwarz für die Wirtschaft des Landes. Das liegt nicht nur an Corona.
Von Matthias Schmidt

Um vorsätzlich und nicht ohne ein wenig Trotz mit dem Positiven anzufangen: 40 Prozent der Baden-Württemberger zeigen sich im Blick auf die nächsten zwölf Monate grundsätzlich optimistisch. Das sind zehn Prozent mehr als noch im Oktober, und man braucht nicht viel Fantasie, um den Grund des Aufwärtstrends zu erraten: Mit dem Impfen kommt die Hoffnung auf ein normales Alltagsleben zurück.

Trotzdem, und das ist ein großes Aber, prägen düstere Schattierungen das Bild. Mehr als die Hälfte ist mit Skepsis und handfesten Befürchtungen ins neue Jahr gestartet. Je stärker die persönliche Betroffenheit durch Einkommenseinbußen (23 Prozent) bis hin zum Arbeitsplatzverlust durch Corona (vier Prozent) ist, desto pessimistischer fällt die Prognose dafür aus, wie viele Firmen pleitegehen und wie viele Menschen ihren Job verlieren werden. Corona ist dabei die Ursache vieler, aber längst nicht aller Übel. Wirtschaft und Politik täten deshalb gut daran, die Enttäuschungen wahrzunehmen, die sich in den Antworten spiegeln. Die Umfrage taugt als Verzeichnis der Defizite.

Beispiel eins: ein Bummelzug im Digitalen. Gerade einmal ein Fünftel der von den Allensbacher Meinungsforschern befragten Bürger sieht die Unternehmen des Landes im Blick auf die Digitalisierung gut aufgestellt. Fast 60 Prozent haben stattdessen den Eindruck, sie hinkten hinterher – ein bitterer Befund für eine Region, die ihr Selbstverständnis zu nicht geringen Teilen aus ausgefeilter technischer Innovationsstärke bezieht. Nach der Verwaltung wurde dabei nicht gefragt, aber man ahnt, dass das Ergebnis im Bankkreis von faxgetriebenen Gesundheitsämtern und Moodle-geplagten Schulen nicht besser ausfallen dürfte. Das Meinungsbild ist eine klare Aufforderung, den Wandel behertzt und mit mehr Ehrgeiz anzugehen.

Beispiel zwei: das Auto als sinkender Stern. Nur jeder dritte Baden-Württemberger glaubt, dass die Fahrzeugindustrie noch zur erfolgreichen Entwicklung der hiesigen Wirtschaft beitragen wird. Fast die Hälfte ist überzeugt, dass deren Bedeutung sinken wird. Deutlicher kann kaum werden, dass die Branche in einer veritablen Imagekrise steckt. Die harten Sparprogramme, mit denen derzeit Überkapazitäten abgebaut werden, schlagen sich dabei nieder – noch mehr aber wohl das Tricksen, Zaudern und Hadern der Hauptakteure, das sich von der Vergangenheit bis in die Gegenwart zieht.

Erst werden Abgaswerte manipuliert, dann Hybridantriebe vom Irr- zum Königsweg umdeklariert und Brennstoffzellen bejubelt, begraben und ein bisschen wieder ausgebudelt. Als die Großen wie VW und Daimler spät, aber laut „Electric first“ rufen, entdeckt der Autoverband VDA die Defizite beim Ladenetz. Und der Aufsichtsratschef von Bosch, immerhin weltgrößter Zulieferer und als solcher Marktführer auch bei Elektroautos in China, spricht Stromautos in Europa die Marktreife ab. Keim Wunder, dass dabei die positiven Botschaften übertönt werden wie der global unbrochene Drang zur individuellen Mobilität, die Exporterfolge und die nach wie vor hohe Innovationskraft der deutschen Autobauer.

Beispiel drei: die Kluft zwischen Ökonomie und Ökologie. Zwei Monate vor der Landtagswahl und nach zwei Legislaturperioden unter grüner Führung glauben nur 22 Prozent der Bürger, dass die Landesregierung Wirtschaftswachstum und Klimaschutz gut miteinander vereinbart hat. Je ein Viertel wirft ihr vor, sich zu viel ums Klima zu kümmern beziehungsweise zu viel um die Wirtschaft. Wer immer im März gewählt wird: Er wird überzeugender erklären müssen, wie beides auf Dauer kein Gegensatzpaar bleibt, sondern in Einklang gebracht werden kann.

Die Dritte Seite

Zynisches Spiel der Politik – das Flüchtlingsdrama in Bosnien SEITE 3

Politik

Der Verfassungsschutz entscheidet bald über die AfD SEITE 6

Aus aller Welt

Wer darf schöne Haare haben? Streit über die Fußballerfrisuren SEITE 16

Trump droht Amtsenthebung

Nach der Erstürmung des US-Kapitols durch Anhänger von Donald Trump hat das Repräsentantenhaus ein erneutes Amtsenthebungsverfahren gegen den abgewählten Präsidenten eröffnet. Die Kongresskammer stimmte am Mittwoch mehrheitlich dafür, dass sich Trump im Senat wegen „Anstiftung zum Aufruhr“ verantworten muss. Damit geht Trump in die Geschichte ein: Noch nie wurden gegen einen US-Präsidenten gleich zwei Amtsenthebungsverfahren eröffnet. Bei dem Votum in der Kongresskammer stimmten auch mehrere republikanische Abgeordnete dafür. dpa
- Republikaner rücken von Trump ab SEITE 5

Nawalny geht zurück

Der russische Regierungskritiker Alexej Nawalny will am Sonntag von Deutschland in seine Heimat zurückkehren. Nawalny war im August in Russland vergiftet worden. SEITE 3

Mehrheit glaubt nicht an Aufschwung 2021

Umfrage der Tageszeitungen: Die Stimmung im Land ist gedämpft, die Bürger kritisieren die langsame Digitalisierung. Von Daniel Gräfe

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg erwartet keinen Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr. 37 Prozent glauben, dass es 2021 „eher bergab“ geht, nur 28 Prozent rechnen mit dem Gegenteil. Die Übrigen erwarten keine wesentliche Veränderung. Das ist ein Ergebnis des „BaWü-Checks“, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie Allensbach (IfD) zur wirtschaftlichen Lage im Land durchgeführt wurde. Im Bundesvergleich sind die Bürger im Südwesten deutlich optimistischer. Deutschlandweit glaubt fast die Hälfte der Bewohner, dass in diesem Jahr die wirtschaftliche Talfahrt anhält.

Das Umfrageergebnis unterscheidet sich damit deutlich von den Prognosen der meisten Konjunkturforscher, die für die deutsche Wirtschaft derzeit ein Wachstum von 3,1 bis 4,2 Prozent vorhersehen. An der deutschen Börse hatte der Dax vor Kurzem ein Allzeithoch erreicht.

Zum Zeitpunkt der repräsentativen Umfrage, die zu Beginn des harten Lockdowns im vergangenen Dezember durchgeführt wurde, sorgte sich jeder Achte um den eigenen Arbeitsplatz. Jeder zehnte Berufstätige im Land war schon einmal in Kurzarbeit, jeder siebte war es zum Zeitpunkt der Befragung. Die wirtschaftlichen Folgen treffen die Bürger aber unterschiedlich stark. „Die schwächeren sozialen Schichten mit einem niedrigeren Ein-

kommen und einem niedrigeren Bildungsniveau sind ganz klar überproportional von der Krise betroffen“, sagte IfD-Chefin Renate Köcher.

Im Gegenzug spüren fast vier von zehn Berufstätigen bis jetzt keine wirtschaftlichen Nachteile infolge der Pandemie. Bei sieben Prozent der Befragten hat sich die Lage sogar verbessert. Diese Gruppen schätzen die wirtschaftliche Lage auch für die Zukunft deutlich besser ein.

Der „BaWü-Check“ der Tageszeitungen fragte auch die Meinung zu wesentlichen strukturellen Veränderungen infolge der Krise ab: So befürchtet eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger, dass in den Innenstädten infolge von Insolvenzen viele Geschäfte, Restaurants und Cafés verschwinden werden. Vier von zehn Befragten glauben, dass die Citys dadurch dauerhaft an Attraktivität verliert.

Fast 60 Prozent der Befragten glauben, dass die baden-württembergischen Unternehmen beim Thema Digitalisierung hinterherhinken, nur jeder fünfte sagt, dass sie gut aufgestellt sind.

Kritisch wird mit dem Automobilbau auch eine der Schlüsselindustrien im Land gesehen: Nur 30 Prozent gehen davon aus, dass die Branche auch in den kommenden Jahren zu einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg beitragen wird. Jeder Zweite hingegen erwartet, dass die Bedeutung der Automobilindustrie sinkt. - Trübe Stimmung im Südwesten SEITE 9

Regierungskoalition in Italien geplatzt

Der Rücktritt zweier Ministerinnen hat die Regierung in Italien in eine schwere Krise gestürzt. Der Vorsitzende der Partei Italia Viva, Ex-Regierungschef Matteo Renzi, verkündete am Mittwochabend den Rückzug von Agrarministerin Teresa Bellanova und Familienministerin Elena Bonetti aus dem gemeinsamen Kabinett. Ohne Unterstützung des Koalitionspartners droht der Regierung von Ministerpräsident Giuseppe Conte der Verlust der Mehrheit im Parlament. Renzi betonte, er werde die Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Pandemie und zur Stützung der Wirtschaft unterstützen. AFP
- Der Querulant SEITE 3
- Regierungskrise in Italien SEITE 5

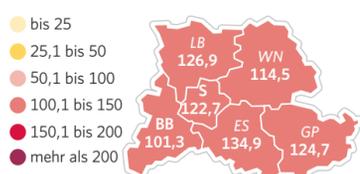
Luff



Held oder Selbstmörder?

VERBREITUNG DER INFEKTION

Neuinfizierte (7 Tage) in der Region je 100 000 Einwohner



Neuinfektionen (mittlerer Tageswert 6.1. - 12.1. verglichen mit der Woche davor)

20 683 (+26%) 2192 (+3%)

Verstorbene (mittlerer Tageswert 6.1. - 12.1.)

871 (+34%) 83 (+19%)

Grafik: Locke Quelle: RKI, LGA Stuttgart, Stand 13.1., 18 Uhr

Wetter SEITE 18



Börse SEITEN 13, 14

Dax 13 939,71 Punkte (+ 0,11 %)
Dow Jones 31 060,47 Punkte (+ 0,03 %)
Euro 1,2159 Dollar (Vortag: 1,2161)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Kretschmann: „Drastische Ausgangssperren“ möglich

Der Ministerpräsident blickt mit Sorge auf die nächsten Wochen. Womöglich kann mehr geimpft werden. Von A. Rieger und C. Keck

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat für den Fall einer weiteren Ausbreitung der Corona-Pandemie eine Verschärfung der Ausgangssperren angedeutet. „Wenn das richtig aus dem Ruder läuft, wie wir das in London oder so sehen, und wenn das Gesundheitswesen kollabiert, dann muss man drastische Ausgangssperren machen. Das ist dann das einzige Mittel, das dann noch wirksam ist“, sagte der Regierungschef am Dienstagabend auf einer digitalen Veranstaltung der Grünen-Fraktion.

Kretschmann warnte auch vor der Gefahr von mutierten Viren, die zum Schluss

zur Stilllegung weiter Bereiche der gesamten Wirtschaft führen könnten: „Da machen wir uns mal gar nichts vor.“

Deshalb liege es im eigenen Interesse der Unternehmen und der Behörden, den Beschäftigten, wo immer es geht, die Arbeit im Homeoffice zu ermöglichen. Auf diesem Feld sei „noch viel Luft nach oben“. Eine Pflicht zum Homeoffice lehnt der Ministerpräsident aktuell jedoch ab. Zuvor müsste andere Maßnahmen ergriffen werden, sagte er und wies auf den vom Wirtschaftsministerium geplanten Homeoffice-Gipfel mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsvertretern hin.

In den Ampullen des Impfstoffes von Biontech und Pfizer sind mehr Dosen enthalten als erwartet. „Wenn die Spritze exakt aufgezogen wird, sind sieben Dosen à 0,3 Milliliter drin“, sagt Hans-Jürgen Lipp, der Chefapotheker des Universitätsklinikums Tübingen. Er rät dazu, den Impfstoff angesichts des knappen Nachschubs bis zur Neige zu verwenden. Obwohl laut Hersteller maximal sechs Dosen enthalten sind, wird in der Impfstraße der Universität aus den Fläschchen so viel entnommen wie möglich. Im Schnitt reicht im Zentralen Impfzentrum in Freiburg eine Ampulle für 6,4 Impfungen, so die bisherige Statistik. Martin Hug, der Leiter der Apotheke des Universitätsklinikums Freiburg, lobt die Effizienz.
- Mehr Impfstoff in den Ampullen SEITE 4